

Übergangsjustiz: Die große Herausforderung

Hoffnung und Bedrohung

Sunanda Deshapriya

In den letzten zwei Monaten des Jahres 2018 erlebte Sri Lanka einen von seinem Präsidenten angeführten Putsch. Dieser war zwar nur von kurzer Dauer. Der Versuch allerdings, die demokratisch gewählte Regierung zu stürzen und den vormaligen Machthaber an die Macht zurückzubringen, hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Aussöhnung in Sri Lanka. Zumal die strafrechtliche Aufarbeitung von mutmaßlichen Kriegsverbrechen und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen ungelöst oder politische gar nicht erst gewollt ist.

Gesellschaftliche Prozesse, in denen Verbrechen aus der Vergangenheit bearbeitet werden, nehmen viel Zeit in Anspruch. In Sri Lanka entfacht allein schon darüber Streit, welche Zeiträume damit gemeint sind. Es gibt gute Gründe, die Kompetenz einer Übergangsjustiz (*Transitional Justice*) und eines Tribunals nicht allein auf die letzten Monate vor Ende des Bürgerkriegs zu beschränken. Um aus dem staatlichen Versagen beim Schutz der Menschenrechte und der Struktur staatlich begünstigter Verbrechen zu lernen, wären auch Verbrechen an Oppositionellen etwa Anfang der 1980er Jahre oder das Verschwindenlassen von Journalist(inn)en vor 2009 von Bedeutung.

Hoffen auf einen Anfang

Die ersten Schritte in Richtung einer Übergangsjustiz waren langsam, inkohärent und bewusst verzögert. Kaum jemand nimmt mehr der Regierung den politischen Willen ab, sich für einen solchen Prozess einzusetzen zu wollen (siehe auch nachfolgenden Text). Präsident Sirisena verwendet ungebrochen die Rhetorik des Kriegshelden, der als unantastbar gilt. Wer die damit einhergehende Straflosigkeit kritisiert, gilt als anti-national. Die Ermittlungen stagnieren oder werden unterdrückt, Zehntausende Menschen bleiben verschwunden. Die Regierung okkupiert nach militärisch einen Teil des wäh-

rend des Krieges eroberten Landes im Norden und Nordosten.

Der Prozess zur Änderung der Verfassung ist zum Stillstand gekommen, der ursprünglich über mehr föderale Kompetenzen die Zugänge und Partizipationsmöglichkeiten zu politischen Entscheidungsprozessen erweitern sollte. Aktuell scheint es eine Illusion, eine politische Lösung für die ethnische Frage zu finden. Diese beinhaltet nicht nur die Kluft zwischen Singhales(inn)en und Tamil(inn)en. Die Islamfeindlichkeit nimmt zu, befördert die Polarisierung der Konflikte und gebiert immer mehr extremistische, nicht mehr verhandelbare Positionen. In den vom Krieg betroffenen Gemeinden ist die Armut weit verbreitet, und so verringert sich auch sozial und ökonomisch der Spielraum für Kompromisse. Wirtschaftliche Gerechtigkeit bleibt eines der am wenigsten debattierten Themen.

So wird das Jahr 2019 entscheidend für die Politik in Sri Lanka. Die Gefahr ist real, dass diejenigen politischen Kräfte die Oberhand behalten und bei Wahlen wieder an die Macht kommen, die am Putsch beteiligt waren und sich dem Prozess der Übergangsjustiz vehement widersetzen. Sie verweigern sich ja nicht allein einer strafrechtlichen Auseinandersetzung sondern sperren sich generell gegen die Frage, wieviel Wahrheit über den Staat Sri Lanka, seinen Institutionen und unbewältigten Tiefenstrukturen an die Öffentlichkeit zugelassen werden soll.

Deswegen ist es so wichtig, dass die internationale Gemeinschaft sich weiterhin kritisch engagiert und der Regierung von Sri Lanka von außen den Spiegel vorhalten kann, wie groß die Kluft etwa zwischen den völkerrechtlichen (Menschenrechts-) Verträgen und der realen Umsetzung im Lande ist. Diese Verträge und Vereinbarungen (wie Resolution 30/1) hat die Regierung Sri Lankas freiwillig und Kraft eigener Entscheidung vereinbart. So unbequem es sich in Bezug auf Souveränitätsfragen anhören mag, aber die Fortsetzung einer UN-Begleitung zum Prozess der Übergangsjustiz ist ein zentrales Element für die Realisierung dieses Prozesses. Wichtig ist ebenso, die Zivilgesellschaft zu unterstützen, die sich während des Putschversuches zwar wieder aktivierte aber doch droht, in – begründbare – Einzelinteressen auseinander zu fallen.

*Aus dem Englischen übersetzt
von Theodor Rathgeber*

Zum Autor

Sunanda Deshapriya ist freier Journalist, lebt seit 2009 zeitweise in der Schweiz, schreibt regelmäßig Kolumnen für Medien in Sri Lanka und betreibt eine englischsprachige Webseite (<http://srilankabrief.org/>).

Texthinweis

Sri Lanka Briefing Notes: *Sri Lanka: Transitional Justice and Emerging Challenges*, Issue 14, Februar 2019, abrufbar via <http://srilankabrief.org/2019/02/sri-lanka-transitional-justice-and-emerging-challenges-briefing-note-no-14/>.